

EVG: Maßnahmen für mehr Sicherheit müssen verstetigt werden

Die EVG begrüßt die geplanten Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit auf Bahnhöfen. „Unsere Forderung, dass unsere Bahnhöfe sicherer werden müssen, ist offenbar nicht ungehört geblieben“, sagte der Stellvertretende EVG-Vorsitzende Klaus-Dieter Hommel. „Die jetzt vereinbarten Maßnahmen sind ein richtiger Anfang, dürfen aber kein Strohfeuer bleiben. Einmal Geld zu investieren, so richtig das ist, wird nicht ausreichen. Die Bemühungen für mehr Sicherheit müssen verstetigt und auf eine breitere Basis gestellt werden.“



Der EVG-Vize bekräftigte daher die Forderung seiner Gewerkschaft nach einem Runden Tisch Sicherheit. Denn nicht nur die Deutsche Bahn und die Bundesministerien sowie die Bundespolizei trügen eine Verantwortung für die Sicherheit von Beschäftigten und Fahrgästen. „Insbesondere die Bundesländer und ihre Aufgabenträger, die den Nah- und Regionalverkehr

auf der Schiene bestellen, müssen eingebunden werden. Denn der Regionalverkehr ist immer noch ein Schwerpunkt der Übergriffe insbesondere gegen Beschäftigte.“

Der Runde Tisch biete auch die Möglichkeit, ein Gesamtkonzept für mehr Sicherheit zu entwerfen. „Die zunehmenden Aggressionen sind ein gesamtgesellschaftliches Problem, ihm kann nur gesamthaft begegnet werden“, so Hommel. „Deshalb: alle an einen Tisch.“

Downloads



Aushang

(PDF, 329.16 KB, Wird in neuem Fenster/Tab geöffnet.)

(/fileadmin/user_upload/19-09-12-Info-Sicherheit.pdf)